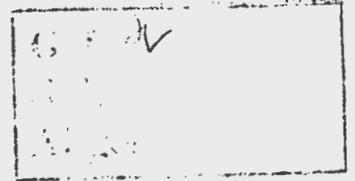


Bonn, 26. Juni 1990

V e r m e r k

Betr.: Meine Verhandlungen am 25. Juni 1990 in Moskau mit dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Obminskij und zeitweise dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Sitarjan über finanzielle Fragen im Zusammenhang mit der Währungsumstellung in der DDR zum 01. Juli 1990

1. Nach intensiven und nicht immer einfachen Verhandlungen haben wir zusammen mit dem BMF (MD Haller) unter Einhaltung der vorgegebenen Verhandlungslinie und nach telefonischer Abstimmung mit Staatssekretär Dr. Köhler vom BMF ad referendum folgende Ergebnisse erzielt.
 - 1.1. Trotz weitergehender Zusagen der DDR-Regierung (Gleichbehandlung der Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte (WGS) mit DDR-Bürgern) wurde für den Umtausch von Guthaben der Angehörigen der WGS ein Umtauschkurs generell von 2 : 1 aufrechterhalten.
 - 1.2. Für die Regelung der Finanzierung der Stationierungskosten im 2. Halbjahr 1990 wurde ein Umtauschkurs von 1 TR zu 5,50 DM zugrunde gelegt. Die durch die DDR-Regierung zu diesem Kurs bereitzustellenden Mittel werden auf einen Betrag von 1.25 Milliarden DM begrenzt. Diese Regelung gilt ausschließlich für das 2. Halbjahr 1990 ohne Präjudizcharakter für die folgenden Jahre.

MD Dr. Haller (BMF) blieb in Moskau zurück, um dem gestern abend anreisenden Staatssekretär beim Ministerpräsidenten der DDR, Dr. Krause, dieses Ergebnis zu übermitteln und zu erläutern, damit dieser in seinen Gesprächen mit der sowjetischen Seite (u.a. Ministerpräsident Ryschkow) am 26.06.90 dieselbe Position einnimmt. Auf diese Unterrichtung legte die sowjetische Seite besonderen Wert. Es besteht der Eindruck, daß die umfangreiche sowjetische Delegation, der neben Vertretern ver-

schiedener Ministerien auch hohe Militärs angehörten, ihrer Regierung das Ergebnis zur Annahme empfehlen wird.

Mit diesem Ergebnis wird eine Lösung der für die Sowjetunion im Zusammenhang mit der Währungsumstellung in der DDR drängendsten Fragen zeitgerecht möglich. Etwaige weitere Gespräche werden mit diesen akuten Fragen nicht mehr belastet, wobei davon auszugehen ist, daß die DDR-Regierung sich die Lösung zu eigen macht. Die Sowjets haben von ihren Ausgangspositionen Abstriche hingenommen, während wir unter Aufrechterhaltung von Grundsatzpositionen Verhandlungsbereitschaft gezeigt haben, was von den Sowjets anerkannt wurde. Nachdem wir uns im Rahmen des Verhandlungsmandates gehalten haben, erscheint ein weiterer formaler Beschluß zur Akzeptierung der Ergebnisse nicht notwendig.

2. Im einzelnen:

Ich hob eingangs nochmals auch die politische Bedeutung dieser kurzfristig zu lösenden Probleme hervor, für die die Bundesregierung nach Erörterung auf höchster politischer Ebene in kürzester Zeit eine Lösung vorschlagen könne. Ich stellte die Frage in den Gesamtzusammenhang der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen, insbesondere auch des von der Bundesregierung verbürgten neuen 5-Milliarden-Kredits. Nachdrücklich bekräftigte ich die ablehnende Haltung zur Gleichstellung der Angehörigen der WGS ^{mit} ~~zu~~ DDR-Bürgern beim Umtausch von Guthaben (kein 1 : 1 Umtausch bis zu bestimmten Obergrenzen). Eine Gleichstellung verstoße gegen den Staatsvertrag und sei innenpolitisch nicht vertretbar.

Zur Frage der Finanzierung der Stationsierungskosten zeigte ich Verständnis für die objektiven Schwierigkeiten, die zum 01. Juli auf die Sowjets zukommen. Unter der Voraussetzung, daß es sich lediglich um eine Übergangsregelung für das 2. Halbjahr 1990 handele, und ohne einen wie auch immer gearteten präjudiziellen Charakter sei die Bundesregierung prinzipiell bereit, einen Umrechnungskurs von 1 TR : 5,50 DM in die Rechnung einzubeziehen. Allerdings sei der von der Sowjetunion geforderte Betrag von 1,4 Milliarden DM überhöht. MD Haller erläuterte, daß angesichts der hohen Kaufkraft der DM und möglicher Preis-

senkungen unter anderem aufgrund steuerlicher Befreiungen die WGS Einsparungen in einer Größenordnung bis zu 400 Mio DM realisieren könnten. Daher sei ein Betrag von 1 Milliarde DM angemessen.

Die sowjetische Seite (insbesondere stellv. Ministerpräsident Sitarjan in einem Vier-Augen-Gespräch mit mir) wies unsere Überlegungen zurück. Zum Umtauschkurs verwies Sitarjan auf die mit der DDR-Regierung getroffene Vereinbarung zur Gleichstellung mit DDR-Bürgern, die von Ministerpräsident de Maizière gebilligt worden sei. Sie sei den sowjetischen Streitkräften mitgeteilt worden, jede Änderung würde Unruhe auslösen. Sitarjan nannte in diesem Zusammenhang einen Betrag von 50 Mio DM. Die mögliche Einsparung bei den Stationierungskosten sei unrealistisch, weswegen er auf einem Betrag von 1,4 Milliarden DM bestehen müsse. Immer wieder wurde auf die besondere politische Sensibilität aller mit der WGS verbundenen Fragen hingewiesen. Die SU strebe keine Verbesserung für die Streitkräfte an, sondern wolle lediglich den "status quo" sichern.

Kurz vor Ende der Verhandlungen zeichnete sich das oben skizzierte Ergebnis als Kompromißmöglichkeit ab. Ihr liegt auch das Verständnis zugrunde, daß die Sowjetunion bei Aufrechterhaltung des Prinzips einer 2 : 1 Umstellung aus diesem Betrag den Angehörigen der WGS einen Ausgleich beim Währungsumtausch leisten kann (50 Mio DM). Die Sowjets drängten darauf, daß die DDR bereits Anfang Juli die notwendigen Beträge bereitstelle.

gez. Lautenschlager

lan 26/6

2) DD: D 2, D 4, D 5

BMWi - MDg Dr. Gerlach)

BMF - MDg Dr. Haller) zur persönlichen Unterrichtung

ChBK - VLR I Dr. Kaestner)

26.6.